

Veranstaltungsbericht

Vortrag von Prof. Dr. Catherine Gousseff:

Zwischen Anerkennung und Manipulation. Russland, die Nation und das Erbe des kommunistischen Völkergefängnisses

28. März 2017 | 18.00 Uhr | Centre Marc Bloch, Friedrichstr. 191, 10117 Berlin

"Das heutige Russland zeichnet sich durch eine imperialistische Politik aus, die mit der Annektierung der Krim 2014 alle Regeln des Völkerrechts brach." Wo liegen die historischen Ursprünge der heutigen Politik Russlands und welche Bedeutung hatte die "Nation" innerhalb der Geschichte des Kommunismus? Diesen Fragen widmete sich die Direktorin des Centre Marc Bloch, Prof. Dr. Catherine Gousseff, im Rahmen der zehnteiligen Vortragsreihe "Nach dem Ende der Illusion. Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?" Die Historikerin bezeichnete die russische Gedenkpolitik seit dem Zerfall der Sowjetunion als eine Politik der Auslassungen, die von einer grotesk selektiven Sicht auf die Vergangenheit bestimmt sei. In ihrem geschichtlichen Überblick machte sie deutlich, in welchem Maß Russland mit einer "Flucht nach vorne" die Chance zu einer gelungenen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit verpasst hat.



Prof. Dr. Catherine Gousseff. Foto: N. Prüfer

Catherine Gousseff ist eine ausgewiesene Expertin für die Migration auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion im 20. Jahrhundert. Deren Zusammenbruch

führt sie auf einen doppelten Prozess zurück: zum einen auf eine Implosionsdynamik des Systems in Gestalt der kommunistischen Staatspartei, zum anderen auf eine Explosionsdynamik der Nationalitäten innerhalb der Föderation. Letztere habe sich zunächst in ethnischen Konflikten geäußert, dann in der Forderung einzelner Unionsrepubliken nach mehr Autonomie und schließlich nach Unabhängigkeit.

Gousseff bricht mit den Erkenntnissen der klassischen Historiographie, indem sie zur Diskussion stellt, ob nicht die UdSSR überhaupt erst neue Nationalstaaten geschaffen habe und somit den Begriff des Völkergefängnisses, als das sie so oft angeprangert wurde, obsolet machte. Welche Prozesse unterlagen der Entstehung der Nationalstaaten im Kontext der Entwicklung des Sozialismus im 20. Jahrhundert? Und welche Auswirkungen hatte die Gleichsetzung Russlands mit der sowjetischen Zentralmacht? Um diese Fragen zu beantworten, spannt Catherine Gousseff einen Bogen von den ersten bolschewistischen Anführern, allen voran Lenin, über die blutige Herrschaft Stalins bis hin zu Gorbatschows Perestroika und schließlich Putins Vision eines "Novorossiya", dem nicht nur die Ukraine, sondern sämtliche im Westen verteilte russische Minderheiten wieder angehören sollen.

Die Bolschewiki seien von der "ontologischen Existenz der Nationen" überzeugt gewesen. "Die Nation war für sie kein Realitätskonstrukt, keine 'imagined community', sondern ein real existierender Sachverhalt." Im Laufe einer umfassenden "Indigenisierungspolitik" habe sich die UdSSR an die Spitze der weltweiten Nationenbildung gestellt und sich zu einem "affirmative action empire" entwickelt. Dieser von Terry Martin geprägte Begriff bezieht sich auf die institutionelle Förderung zur Integration von Minderheiten. Die "affirmative action" habe



sich vor allem durch die Stärkung der Nationalsprachen, der Einführung entsprechender Alphabete sowie der Ausbildung und Förderung lokaler Kader in Verwaltung, Kultur und Politik gezeigt.

"Nachdem in den 1930er Jahren der 'Sozialismus in einem Land' erklärt wurde, setzte sich das Schlagwort der Modernisierung gegen das Bild des offenen Versuchslabors der Nationalitäten durch." Diese von der Zentralmacht ausgehende Modernisierung sei mit einem autoritären und bürokratischen Befehlssystem einhergegangen, das den Unionsrepubliken ihre Gesetze aufgezwungen habe. Gousseff widerspricht jedoch der weit verbreiten Annahme, dass die "affirmative action" während dieser großen Wende fallen gelassen worden sei. Trotz der rasch voranschreitenden Industrialisierung und der damit einhergehenden Politik der Umgestaltung, wie beispielsweise der Einführung des russischen Sprachunterrichts auf dem gesamten sowjetischen Territorium und einer großen Offensive gegen die orthodoxe Kirche, blieb die Nationalitätenfrage ein wichtiger politischer Aspekt. Dieser zeige sich auch in der Eintragung der nationalen Identität in den Pass jedes Sowjetbürgers Ende der 30er Jahre. Hier werde deutlich, welche große Bedeutung die Machthaber der nationalen Zugehörigkeit zuschrieben, die von nun an zu einem festen Attribut jedes einzelnen geworden sei. Mit der Einführung dieser Ausweispapiere hat Catherine Gousseff zufolge aber gleichzeitig die Ära der großen Säuberungen der Klassenfeinde begonnen. "Einerseits bildet diese Periode den Gipfel der Gewalt an der Gesellschaft und ihren Eliten, andererseits ist diese Zeit von einer gewissen Rückbesinnung auf das alte großrussische Wertesystem geprägt." So seien etwa wichtige Figuren des "ewigen Russlands" wie der mittelalterliche Nationalheld Alexander Newski rehabilitiert worden.

Catherine Gousseff sieht in der Geschichte der UdSSR eine langfristig angelegte Nationalitätenpolitik, die durch ihre föderative Struktur Nationalstaaten überhaupt erst hervorgebracht hat und auch Brüche und Gewaltperioden, wie den Großen Terror 1936-38 und die Deportationen nichtrussischer Bevölkerungsgruppen nach Zentralasien und Sibirien überdauert hat.

Die Russische Sowjetrepublik ist Catherine Gousseff zufolge 1917 als einzige innerhalb der Union wirklich als Staat konstituiert worden. "Während die nationalen Grenzen der neuen Republiken mit viel Umsicht gezogen wurden, blieben die Umrisse des russischen Territoriums jedoch unklar." Diese Schwachstelle beschreibt der russisch-amerikanische Historiker Yuri Slezkine mit der Metapher einer Gemeinschaftswohnung. In dieser habe jede Republik ihr eigenes Zimmer, eingerichtet mit ihrer nationalkommunistischen Partei, ihrem nationalen Theater und ihrer Akademie der Wissenschaften. Slezkine habe sich nun gefragt, wo innerhalb dieses Gefüges der Platz Russlands sei, denn die Republik habe weder eine nationale Partei gehabt, war sie



Diskussion mit Dr. Patrice Poutrus, Prof. Dr. Catherine Gousseff und Prof. Dr. Thomas Lindenberger. Foto: N. Prüfer

doch komplett mit der kommunistischen Partei der UdSSR verschmolzen, noch eine eigene Akademie der Wissenschaften. Slezkine habe daraufhin geschlussfolgert, dass Russland in dieser Wohngemeinschaft wohl auf dem Flur geblieben sei. "Dieses Schattendasein zwischen den anderen Republiken wurde während der Perestroika eklatant, die in nur wenigen Jahren die gesamte sowjetische Geschichte zerlegt hatte."

Gerade die ersten Jahrzehnte der UdSSR haben nach Catherine Gousseff zu großen Teilen die Weichen für den aktuellen Nationalismus Wladimir Putins gestellt: "Einen großrussischen Nationalismus, dessen Gedenkpolitik sich auf das Erbe des russischen Kaiserreichs beruft und der die Macht der Kirche als neue enge Verbündete wiederhergestellt hat."



Ergänzt wurde der Vortrag durch ein Gespräch mit dem Migrationsforscher Dr. Patrice Poutrus und einer Diskussion mit dem Publikum. Dabei wurde vor allem über Russlands Rolle als Imperium und Kolonialstaat sowie über postsowjetischen Rassismus diskutiert, der jedoch nicht mit dem westlichen Kolonialrassismus gleichgesetzt werden könne. Die Vortragsreihe "Nach dem Ende der Illusion. Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?", die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Centre Marc Bloch und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam veranstaltet wird, erinnert auch an den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution und den Sturz des Zarentums im Februar/März 1917. Der russischen Regierung sei Catherine Gousseff zufolge kaum daran gelegen, dieser Ereignisse zu gedenken: "Die legitime Auflehnung eines Volkes gegen die Unterdrückung durch die Staatsmacht ist ganz gewiss nicht nach dem Geschmack des ultrazentralistischen Russlands Wladimir Putins."

Natalie Maier